

## Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

29.10.2014 Drucksache 17/3856

## Änderungsantrag

der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Florian von Brunn, Harry Scheuenstuhl, Reinhold Strobl, Klaus Adelt, Harald Güller, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränzlein, Herbert Woerlein SPD

Haushaltsplan 2015/2016;

hier: Verbraucherschutz – Zusätzliches Personal für die Verbraucherberatung im Wirtschafts- und Finanzsektor (Kap. 12 03 Tit. 686 01)

Der Landtag wolle beschließen:

Im Kap. 12 03 Tit. 686 01 wird im Haushaltsjahr 2015 der Ansatz von 2.961,0 Tsd. Euro um 800,0 Tsd. Euro auf 3.761,0 Tsd. Euro und im Haushaltsjahr 2016 von 3.037,6 Tsd. Euro um 800,0 Tsd. Euro auf 3.837,6 Tsd. Euro zur Stärkung der Personalausgaben der Verbraucherorganisationen angehoben.

## Begründung:

Im Kap. 12 03 Tit. 686 01 wird der Betrag für Personalausgaben der Verbraucherzentrale Bayern e.V. im Jahr 2015 von 1.960,0 Tsd. Euro um 500,0 Tsd. Euro auf 2.460,0 Tsd. Euro und im Jahr 2016 von 2.018,8 Tsd. Euro um 500,0 Tsd. Euro auf 2.518,8 Tsd. Euro sowie der Betrag für Personalausgaben des VerbraucherService Bayern im Jahr 2015 von 959,2 Tsd. Euro um 300,0 Tsd. Euro auf 1.259,2 Tsd. Euro und im Jahr 2016 von 988,0 Tsd. Euro um 300,0 Tsd. Euro auf 1.288,0 Tsd. Euro erhöht.

Mit den Mitteln werden 27,5 Stellen zur Verbraucherberatung im Finanzsektor in unterschiedlichen Vergütungsstufen finanziert, um die bayerischen Bürgerinnen und Bürger vor finanziellen Schäden durch die Finanzmärkte zu schützen. Immer häufiger wenden sich die Bürgerinnen und Bürger in Bayern bei Problemen mit Anbietern im Finanzsektor an die Verbraucherschutzorganisationen und suchen eine kompetente individuelle Beratung sowie eine nachfolgende unabhängige Rechtsvertretung im Bedarfsfall (Folgeberatung). Bei Themen wie Konto, Kredit und Versicherungen wird sowohl zu wirtschaftlichen Aspekten wie auch rechtlichen Fragen beraten. Es ist aufgrund der steigenden Fallzahlen erforderlich, dieses Beratungsangebot mehr in die Fläche zu tragen, um so die Beratung den Verbrauchern auch in ländlichen Regionen zugänglich zu machen.